

la motion soit transformée en postulat et il se déclare prêt à accepter ce dernier.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral propose que la motion soit transformée en postulat.

Präsident: Herr Sager hat das Wort zu einer Erklärung.

Sager: Die Motion des Ständerates und die gleichlautende, von der Fraktion der freisinnig-demokratischen Partei in diesem Rat eingereichte Motion sind eine Folge des Rücktrittes von Herrn Bundesrat Friedrich. Gefordert wird eine Entlastung des Bundesrates als Kollegium und vor allem die Entlastung der Bundesräte in ihren Funktionen als Departementsvorsteher.

Die Motion ist vom Ständerat am 18. Dezember 1985 angenommen worden, obwohl der Bundesrat damals die Umwandlung in ein Postulat verlangt hatte; unsere Kommission hat sich in zwei Sitzungen mit der Frage auseinandergesetzt. Sie hat Herrn alt Bundesrat Friedrich angehört und eine allgemeine Aussprache über Entlastungsmöglichkeiten des Bundesrates geführt. Da wir inzwischen erfahren haben, der Bundesrat sei bereit, die Motion anzunehmen, erübrigt sich hier eine Diskussion. Wir werden sie nach Vorlage der Botschaft des Bundesrates in behaglicher Breite führen können.

Lediglich eine Feststellung: Nach Auffassung der Kommission soll der Bundesrat alle Entlastungsmöglichkeiten prüfen, auch solche, die der Urheber der Motion im Ständerat nicht eingeschlossen hat; allenfalls die Berufung von Staatssekretären oder gar die Erhöhung der Zahl der Bundesräte. In diesem Sinne hat die Kommission mit 8 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, Ihnen zu beantragen, die Motion des Ständerates ebenfalls gutzuheissen.

Ueberwiesen – Transmis

Präsident: Damit ist auch die gleichlautende Motion des Ständerates (84.542) angenommen.

86.540

Motion Nebiker

**Ausserordentliche Session
der eidgenössischen Räte**

**Sessions extraordinaires
des Chambres fédérales**

Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1986

Der Bundesrat wird ersucht, der Bundesversammlung Bericht und Antrag für eine Aenderung von Artikel 86 Absatz 2 der Bundesverfassung (Einberufung einer ausserordentlichen Session) vorzulegen, und zwar in dem Sinne, dass die Einberufung einer ausserordentlichen Session der eidgenössischen Räte nur für Geschäfte von ganz besonderer Bedeutung vorzusehen ist, die zeitlich unaufschiebbar sind und nicht in einer laufenden oder unmittelbar folgenden Session behandelt werden können.

Texte de la motion du 20 juin 1986

Le gouvernement est chargé de présenter aux Chambres fédérales un rapport et une proposition en vue d'une modification de l'article 86, 2e alinéa de la constitution (convocation en session extraordinaire). La nouvelle disposition devra prévoir que les Chambres fédérales ne pourront être

convoquées en session extraordinaire que pour des affaires d'une très haute importance, dont l'examen ne saurait être différé ou ne peut avoir lieu lors de la session en cours ou de la suivante.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Ammann-Bern, Aregger, Aubry, Auer, Basler, Bonnard, Bonny, Bremi, Bühler-Tschappina, Camenzind, Cincera, Cottet, Coutau, Eggly-Genève, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Flubacher, Früh, Gautier, Gehler, Geissbühler, Hari, Hess, Hofmann, Hösli, Hunziker, Jung, Kühne, Künzi, Martignoni, Mühlemann, Müller-Scharnachtal, Müller-Meilen, Müller-Wiliberg, Nef, Neuenschwander, Oehen, Oehler, Ogi, Reich, Reichling, Ruckstuhl, Rutishauser, Schärli, Schmidhalter, Schnyder-Bern, Schwarz, Thévoz, Tschuppert, Uhlmann, Villiger, Weber-Schwyz, Zwingli (55)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In letzter Zeit wurde Artikel 86 Absatz 2 der Bundesverfassung aus Gründen tagespolitischer Effekthascherei und für die Profilierung einzelner Gruppierungen missbraucht. Dieser Artikel stammt jedoch aus einer Zeit, da die Räte nur einmal jährlich tagten. Bei vier jährlichen Sessionen ist das Bedürfnis ausserordentlicher Sessionen bedeutend geringer. Ein solches Instrument sollte deshalb nur für Fälle vorgesehen sein, in denen die Dringlichkeit eines Geschäfts so gross ist, dass eine Behandlung erst in der folgenden Session nicht genügen kann.

Schriftliche Stellungnahme des Büros

Rapport écrit du Bureau

Da der Vorstoss eine Angelegenheit des Parlamentes betrifft, wird er gemäss GRN Artikel 31 Absatz 3 vom Büro beantwortet.

Das Büro ist der Meinung, dass man sich zunächst über den Sinn von Artikel 86 Absatz 2 der Bundesverfassung einigen sollte. Schon bei der Vorbereitung der ausserordentlichen Session zum Waldsterben im Februar 1985, der zweiten auf Begehren eines Viertels der Mitglieder des Nationalrates einberufenen ausserordentlichen Session seit der Gründung des Bundesstaates, haben sich verschiedene Fragen zum Vorgehen gestellt. Ist es angemessen, durch den Bundesrat eine ausserordentliche Session der eidgenössischen Räte einberufen zu lassen, wenn es den Antragstellern darum geht, eine Beratung über ein Thema zu erwirken, dessen Dringlichkeit unterschiedlich eingestuft wird? Sind in Artikel 86 Absatz 2 tatsächlich ein Minderheitsrecht und eine Bestimmung für Krisenzeiten miteinander verknüpft? Bedeutet das Quorum gemäss Artikel 86 Absatz 2, dass die Räte gezwungen werden können, sich mit den gewünschten Traktanden materiell zu befassen, oder können die Räte nach dem Zusammentritt zur ausserordentlichen Session oder in einer ordentlichen Session beschliessen, auf die materielle Behandlung zu verzichten? Problematisch erscheint auch, dass der Ständerat ebenfalls einberufen wird, ohne dass eine Minderheit der Mitglieder des Ständerates ihrerseits eine ausserordentliche Session verlangen kann. Das in Artikel 86 Absatz 2 auch den Kantonen gewährte Recht kann heute nicht mehr genügen, um die Ungleichbehandlung der beiden Räte zu rechtfertigen.

Das Büro hat festgestellt, dass nicht nur die Interpretation des vom Motionär angesprochenen Artikels 86 Absatz 2, sondern allgemein die Bestimmungen der Bundesverfassung über die Einberufung der eidgenössischen Räte überprüft werden müssen. Die Bundesverfassung geht immer noch davon aus, dass jährlich lediglich eine ordentliche Session stattfindet, was bereits Ende des letzten Jahrhunderts nicht mehr der Praxis entsprach. Auch die Bestimmungen in den Artikeln 78 und 82, wonach für jede ordentliche und ausserordentliche Session ein neuer Ratspräsident gewählt werden muss, wurde nie wortgetreu eingehalten. Ferner werden die Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes (Artikel 1–3) und des Garantiesgesetzes (Artikel 13 und 13bis) über die Einberufung der Räte zu überprüfen sein. Dazu gehört vor allem auch die Klärung des Unter-

schieds zwischen einer ausserordentlichen und einer Sondersession.

Um die rechtlichen Bestimmungen über die Einberufung der Bundesversammlung im Zusammenhang überprüfen zu können, beantragt das Büro, den Vorstoss von Nationalrat Nebiker in der Form des Postulates entgegenzunehmen. Das Büro wird anschliessend eine Kommission damit beauftragen, Vorschläge auszuarbeiten.

Antrag des Büros

Proposition du Bureau

Das Büro beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Präsident: Der Bundesrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Herren Günter und Borel bekämpfen die Ueberweisung als Postulat. – Der Vorstoss wird später behandelt werden.

86.467

Postulat Ott

Friedenskonzil. Gastrecht

Concile de la paix.

Invitation de la Suisse

Wortlaut des Postulates vom 3. Juni 1986

Am letzten Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf ist auf Antrag des bekannten Physikers, Philosophen und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder des derzeitigen deutschen Bundespräsidenten, ein Aufruf beschlossen worden zur Abhaltung eines weltweiten «Konzils» der Christenheit, möglicherweise sogar auch anderer Religionen, das dem einen Problem der Sicherung des Weltfriedens gewidmet sein soll.

Die Idee eines solchen Konzils ist auf ein breites und positives Echo gestossen, handelt es sich hier doch um den Versuch, zur Lösung des brennendsten Problems der Menschheit alle geistigen Kräfte zu mobilisieren.

Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sind Nicht-Gouvernementale Organisationen (N.G.O). Doch ist an einem grossangelegten Versuch im Dienste der Friedenserhaltung auch die Staatenwelt interessiert, und die Einladung eines Staates, eine derartige Konferenz, wenn sie zustandekommt, auf seinem Territorium abzuhalten, könnte für die Realisierung ermutigend wirken.

Ist die Schweizerische Eidgenossenschaft aufgrund ihrer langen Tradition einer neutralen, humanitären und friedlichen Politik der Guten Dienste nicht prädestiniert, eine solche Einladung auszusprechen?

Der Bundesrat wird eingeladen, die Entwicklung der Idee eines «Friedenskonzils» aufmerksam zu verfolgen und im Zeitpunkt, da es sachdienlich erscheinen wird, einen derartigen Schritt zu prüfen.

Texte du postulat du 3 juin 1986

Lors de la dernière conférence des églises évangéliques d'Allemagne (Deutscher Evangelischer Kirchentag), à Düsseldorf, on a décidé, sur la proposition du célèbre physicien et philosophe Carl Friedrich von Weizsäcker, frère de l'actuel président de l'Allemagne fédérale et connu pour son engagement en faveur de la paix, de lancer un appel visant à la convocation d'une assemblée universelle de la chrétienté, à laquelle pourraient éventuellement se joindre les représentants d'autres religions, afin d'étudier la possibilité d'assurer la paix («concile» de la paix).

Cette suggestion a provoqué un grand intérêt dans tous les milieux concernés, car il s'agit de mobiliser toutes les forces

spirituelles pour résoudre le problème crucial de l'humanité. Les églises et les autres communautés religieuses sont des organisations non gouvernementales (ONG). Mais les Etats ont un intérêt certain à ce qu'une tentative soit faite sur une grande échelle en faveur de la paix. Si un Etat se déclarait prêt à héberger le cas échéant une telle conférence, il pourrait ainsi en encourager la réalisation.

En raison de sa longue tradition humanitaire, de sa neutralité permanente et de sa politique de bons offices au service de la paix, la Confédération suisse n'est-elle pas comme prédestinée à lancer une telle invitation?

Le Conseil fédéral est engagé à suivre attentivement le développement du projet d'assemblée des religions pour la paix et à examiner la possibilité de lancer une invitation y relative au moment opportun.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 17. September 1986

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 17 septembre 1986

Der Bundesrat beantragt, das Postulat anzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.477

Postulat Fankhauser

Aktion «Kinder der Landstrasse»

«Oeuvre en faveur des enfants de la grand-route»

Wortlaut des Postulates vom 4. Juni 1986

Der Bundesrat wird beauftragt, die im 1983 verabschiedeten Bericht der Studienkommission «Fahrendes Volk in der Schweiz» empfohlene Studie über die Folgen der Aktion «Kinder der Landstrasse» unverzüglich in Auftrag zu geben. Insbesondere sollen die Möglichkeiten geprüft und sodann in die Tat umgesetzt werden, die die Folgen dieser Aktion «Kinder der Landstrasse» mildern könnten.

Der Bundesrat soll spätestens im Geschäftsbericht 1986 über die unternommenen Schritte berichten.

Texte du postulat du 4 juin 1986

Le Conseil fédéral est chargé de faire élaborer sans retard une étude sur les conséquences des activités de l'«Oeuvre en faveur des enfants de la grand-route», conformément aux recommandations émises en 1983 par une commission d'étude dans un rapport intitulé «Les nomades en Suisse». Il conviendrait notamment d'examiner les moyens d'atténuer les conséquences des activités de cette oeuvre et de les mettre en pratique.

Le Conseil fédéral aura à rendre compte des démarches entreprises dans son rapport annuel 1986 au plus tard.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Ammann-St. Gallen, Auer, Bircher, Bonnard, Borel, Bundi, Carobbio, Chopard, Christinat, Clivaz, Columberg, Cotti Gianfranco, Deneys, Dünki, Fehr, Friedli, Grassi, Hubacher, Jaggi, Keller, Kohler Raoul, Kühne, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Magnin, Mauch, Meyer-Bern, Morf, Nauer, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Robbiani, Rubi, Ruffy, Schmidhalter, Segmüller, Stamm Judith, Stamm Walter, Stappung, Tschuppert, Van-nay, Weber-Arbon, Weder-Basel, Wyss, Zehnder, Zwiggart (52)

Motion Nebiker Ausserordentliche Session der eidgenössischen Räte

Motion Nebiker Sessions extraordinaires des Chambres fédérales

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.540
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1479-1480
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 676

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.